

Niederschrift

Gremium	Sitzung - GESO/030(V)/12			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Gesundheits- und Sozialausschuss	Mittwoch, 21.03.2012	Hansesaal	17:00Uhr	19:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung vom 21.03.2012
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 22.02.2012
- 4 Bürgersprechstunde
- 5 Personalsituation/Arbeitsbedingungen im Jobcenter
- 6 Informationen
- 6.1 Information Umsetzungsstand der Beschlüsse des 2. Magdeburger Seniorenforums
BE: Amt 50 I0028/12
- 6.2 Berichterstattung zur Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket
BE: Amt 50 I0029/12
- 7 Anträge
- 7.1 Positives Altersbild vermitteln A0190/11
BE: FDP-Ratsfraktion
- 7.1.1 Positives Altersbild vermitteln S0045/12
BE: V/02
- 7.1.1.1 Einzelabstimmung Punkt 1 zum A0190/11
- 7.1.1.2 Einzelabstimmung Punkt 2 zum A0190/11

7.2	Barrierefreiheit Bahnhof Magdeburg BE: "Jugend im Stadtrat", eingeladen: Marcel Müller	A0178/11
7.2.1	Barrierefreiheit Bahnhof Magdeburg BE: Amt 61	S0044/12
7.3	Barrierefreie Haltestellen an der Großen Diesdorfer Straße BE: Fraktion SPD-Tierschutzpartei-future!	A0144/11
7.3.1	Barrierefreie Haltestellen an der Großen Diesdorfer Straße BE: Fraktion DIE LINKE	A0144/11/1
7.3.2	Barrierefreie Haltestellen an der Großen Diesdorfer Straße BE: Amt 61	S0306/11
7.3.3	Barrierefreie Haltestellen an der Großen Diesdorfer Straße BE: Amt 61	S0040/12
7.4	Jugend-Stadt(teil)plan BE: "Jugend im Stadtrat", eingeladen Daniel Adler	A0183/11
7.4.1	Jugend-Stadt(teil)plan BE: Amt 51	S0031/12
8	Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Seniorenfragen und Altenplanung" BE: Stadtrat Ansorge	
9	Verschiedenes	

Nichtöffentliche Sitzung

10	Verschiedenes	
----	---------------	--

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ansorge, Jens

Mitglieder des Gremiums

Hofmann, Andrea

Tietge, Lothar

Reppin, Bernd

Boeck, Hugo

Zimmer, Monika

Giefers, Thorsten

Heller, Werner

Sachkundige Einwohner/innen

Bühnemann, Bärbel

Hildebrand, Jürgen Dr.

Poppe, Andreas

Geschäftsführung

Uniewski, Kathleen

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Stadtrat Ansorge, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Stadträte, Gäste sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters und der Verwaltung. Die Ordnungsmäßigkeit der Einladung wird bestätigt. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. 6 Stadträtinnen/-räte sind anwesend.

2. Bestätigung der Tagesordnung vom 21.03.2012

Die Tagesordnungspunkte 4 und 5 werden zu einem Tagesordnungspunkt zusammengefasst. Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form bestätigt.

Abstimmung: 6-0-0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 22.02.2012

Stadtrat Ansorge informiert zum TOP 4 des Protokolls vom 22.02.2012.

Herr Piezuch wurde informiert, dass es sich bei dem geschilderten Problem um eine privatrechtliche Angelegenheit handelt und der Gesundheits- und Sozialausschuss keine Einflussmöglichkeit sieht.

Die Niederschrift vom 22.02.2012 wird ohne weitere Anmerkungen genehmigt.

Abstimmung: 6-0-0

Stadträtin Hofmann nimmt an der Ausschusssitzung teil. 7 Stadträtinnen/-räte sind anwesend.

4. Bürgersprechstunde

5. Personalsituation/Arbeitsbedingungen im Jobcenter

Schwester Erika Tietze spricht sich im Rahmen der Bürgersprechstunde entschieden gegen die pauschale Kürzung der Leistungen der Freiwilligenagentur um 10 % aus. Schwester Erika bittet die Stadträte um Unterstützung. Herr Brüning verweist auf den Stadtratsbeschluss und die daraus resultierenden notwendigen Kürzungen. Stadtrat Ansorge moniert das mit Beschlussfassung zum Haushalt, einzelne Positionen nicht mehr betrachtet werden können. Stadtrat Giefers weist darauf hin, dass im Rahmen der Fragestunde eine Beantwortung schwierig ist. Prioritäten müssen gesetzt werden. Die Ausschussmitglieder sind sich einig, dass durch die Verwaltung eine Liste mit den Anträgen auf Zuwendungen für 2013 rechtzeitig vorgelegt wird. Eine umfassende Diskussion ist dann notwendig.

Stadtrat Ansorge begrüßt Rechtsanwalt Voß und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters. Wie allen bekannt ist, wurde der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg, Herr Dr. Trümper, durch Herrn Rechtsanwalt Voß auf „unzumutbare Arbeitsbedingungen im Jobcenter Landeshauptstadt Magdeburg“ aufmerksam gemacht. Herr Voß teilt mit, mehrere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Stadt zu vertreten. Diese möchten aus Angst vor Repressalien nicht genannt werden.

Ein entsprechendes Schreiben wurde an die Fraktionsgeschäftsstellen verschickt. Das Antwortschreiben des Oberbürgermeisters wurde ebenfalls allen Geschäftsstellen zur Verfügung gestellt. Anmerkung: Erwähnte Schreiben sind nicht allen Stadträten bekannt und werden dem Protokoll beigelegt. Stadtrat Ansorge erteilt Rechtsanwalt Voß Rederecht. Herr Voß bedankt sich für die Möglichkeit im Namen seiner Mandanten auf die Arbeitsbedingungen beim Jobcenter Magdeburg aufmerksam zu machen. Die Ängste, Sorgen und Probleme der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ausführlich in den Schreiben an den Oberbürgermeister und die Fraktionen dargelegt.

Auf das Antwortschreiben des Oberbürgermeisters geht Frau Mittendorf, FBL Personal- und Organisationservice ein (Antwortschreiben wird dem Protokoll beigelegt).

Angeschnittene Themen berühren sowohl Zuständigkeiten des Geschäftsführers als auch des Trägers, der Bundesagentur für Arbeit und des Trägers Landeshauptstadt Magdeburg. Da der Geschäftsführer des Jobcenters nicht anwesend ist, kann auch nicht zu allen Themen Stellung genommen werden. Sowohl der Geschäftsführer als auch die Personalvertretung des Jobcenters sollten angehört werden.

Der Geschäftsführer des Jobcenters sowie die Personalvertretung werden in die nächste Ausschusssitzung am 25.04.2012 eingeladen. Der TOP Personalsituation/Arbeitsbedingungen im Jobcenter wird im nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung behandelt.

6. Informationen

6.1. Information Umsetzungsstand der Beschlüsse des 2. Magdeburger Seniorenforums I0028/12

Die Information zum Umsetzungsstand der Beschlüsse des 2. Magdeburger Seniorenforums wird zur Kenntnis genommen.

6.2. Berichterstattung zur Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket I0029/12

Die Information wird von Frau Borris eingebracht. Mit der Beauftragung zur Umsetzung des Bildungspaketes wurden die Stadträte zum aktuellen Stand der Einführung, zur Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und künftigen Vorhaben informiert. Anregungen und Hinweise der Stadträte für eine möglichst unbürokratische Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes wurden aufgenommen. Um möglichst viele Anspruchsberechtigte auf die Leistungen aufmerksam zu machen, wurden viele Maßnahmen umgesetzt (z. B. Serienbriefe an alle Wohngeldempfänger, Informationen und Schulungen der Mitarbeiterinnen der Bürgerbüros, Infoveranstaltungen in Schulen, Kindergärten, Informationen auf der Internetseite der Stadt). Im Jahr 2012 ist zudem geplant, in fünf Stadtteil- bzw. Sozialraumprojekten, welche durch die LH Magdeburg in Kooperation mit dem Jobcenter initiiert und finanziert werden, bedarfsgerechte und vor allem praxisbezogene Informationsveranstaltungen zu den Leistungen aus dem BuT-Paket zu organisieren.

Die I0029/12 wird zur Kenntnis genommen.

7. Anträge

7.1. Positives Altersbild vermitteln A0190/11

7.1.1. Positives Altersbild vermitteln S0045/12

7.1.1.1. Einzelabstimmung Punkt 1 zum A0190/11

7.1.1.2. Einzelabstimmung Punkt 2 zum A0190/11

Der A0190/11 wurde am 12.01.2012 in den Gesundheits- und Sozialausschuss überwiesen. Die Stellungnahme des Seniorenbeirates wird durch Herrn Dr. Hildebrand übergeben und dem Protokoll beigelegt. Der inhaltliche Grundansatz des Antrages wird einhellig von den Damen und Herrn des Seniorenbeirates begrüßt. Herr Dr. Gottschalk verweist auf die Erarbeitung des Seniorenpolitischen Konzeptes. In Erarbeitung des Konzeptes sind bis Juli vier öffentliche Diskussionsforen geplant. Im September wird das 3. Magdeburger Seniorenforum stattfinden. Die Vorbereitungsgruppe hat sich auf das Thema „Aktiv und in Würde altern“ verständigt. Das Thema „Entwicklung eines positiven Altersbildes“ könnte hier integriert werden. Stadtrat Giefers stellt den Geschäftsordnungsantrag, den A0190/11 in Punkt 1 und Punkt 2 abzustimmen. Die Ausschussmitglieder sprechen sich dafür aus.

Abstimmung A0190/11, Punkt 1 - 2-1-4 – empfohlen
Abstimmung A0190/11, Punkt 2 – 0-7-0 – nicht empfohlen

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

7.2.	Barrierefreiheit Bahnhof Magdeburg	A0178/11
7.2.1.	Barrierefreiheit Bahnhof Magdeburg	S0044/12

Ein barrierefreier Zugang zu den Bahnsteigen soll gemäß den vorliegenden Planungen und nach Auskunft der DB AG künftig gewährleistet werden. Der Umbau des Kölner Platzes soll 2013 und die Umgestaltung der Bahnsteige 2016 beginnen. Bis 2018 soll der Hauptbahnhof über barrierefreie bzw. stufenfreie Bahnsteige einschließlich Blindenleitsysteme verfügen. Der A0178/11 wird mit der S0044/12 als erledigt betrachtet.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

7.3.	Barrierefreie Haltestellen an der Großen Diesdorfer Straße	A0144/11
7.3.1.	Barrierefreie Haltestellen an der Großen Diesdorfer Straße	A0144/11/1
7.3.2.	Barrierefreie Haltestellen an der Großen Diesdorfer Straße	S0306/11
7.3.3.	Barrierefreie Haltestellen an der Großen Diesdorfer Straße	S0040/12

Nach Informationen der MVB sieht die derzeitige Wirtschaftplanung vor, 2017/2018 mit den „Ausbau der großen Diesdorfer Str.“, die eine barrierefreie Gestaltung der Haltestellen beinhaltet zu beginnen. Ein Vorziehen auch von Teilmaßnahmen ist aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht möglich. Die Möglichkeiten für die Einordnung des barrierefreien Ausbaus in das Förderprogramm „Stadtumbau Ost“ werden derzeit geprüft.

Zwischenlösungen an den Haltestellenanlagen im Bereich der Großen Diesdorfer Str. sind mit vertretbarem baulichem und finanziellem Aufwand nicht realisierbar. Alle Ausschussmitglieder sind sich einig, dass die Barrierefreiheit von Haltestellen ein stadtweites Problem ist, zu erwähnen sind auch die Haltestellen entlang der Halberstädter Str. Stadtrat Ansorge stellt die Anträge zur Abstimmung.

Abstimmung: A0144/11/1 – 5-0-2 – empfohlen
Abstimmung: A0144/11 – 5-0-2 – empfohlen

7.4.	Jugend-Stadt(teil)plan	A0183/11
7.4.1.	Jugend-Stadt(teil)plan	S0031/12

Herr Domke, Amt 51, bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein. Die Entwicklung eines digitalen Jugendstadt(teil)planes ist wünschenswert.

Die Aufgabenstellung ist jedoch mit einem hohen Aufwand für die Entwicklung des Programms, der Erstellung der Karte und die notwendige Koordinierung und Pflege der Daten verbunden. Weiterhin ist von erheblichen Kosten im Rahmen der Bereitstellung der Daten und personellen Ressourcen auszugehen.

Schwester Erika Tietze möchte sich zum Jugend-Stad(teil)plan für die Freiwilligenagentur äußern. Frau Tietze erhält Rederecht. Finanzielle Mittel aus einer Stiftung wurden für die Erstellung eines digitalen Stadteilplanes durch die Sparkasse bereitgestellt. Eine Zusammenarbeit mit dem Jugendamt erfolgt nicht. Die Freiwilligenagentur setzt das Projekt um und hat den Auftrag erhalten. Stadtrat Ansorge stellt den Antrag zur Abstimmung:
Abstimmung: A0183/11 – 0-4-3 – nicht empfohlen.

Die Stellungnahme der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

8. Berichterstattung aus dem Arbeitskreis "Seniorenfragen und Altenplanung"

Stadtrat Ansorge berichtet aus der letzten Sitzung des Arbeitskreises. Herr Ansorge geht nochmals auf die Einsparungen und Kürzungen im Bereich Zuwendungen 2012 ein. Die politische Diskussion muss in Vorbereitung des Haushaltes geführt werden. Stadtrat Giefers vermisst Vorschläge und Vorgaben aus dem Sozialdezernat. Diese müssen auch untersetzt und begründet vorliegen. Der Stadtrat entscheidet dann. Ressourcen müssen sinnvoll eingesetzt werden, inhaltliche Arbeit muss möglich sein, die Arbeit kann sonst nicht mehr geleistet werden. Herr Brüning erklärt die Bewilligung des Haushaltes und die Kürzungen im Dezernat in Höhe von 790.000 €. Er weist entschieden zurück, dass Träger nicht mitgenommen und die Stadträte nicht rechtzeitig informiert wurden. Eine Information erfolgte auch in den letzten Ausschusssitzungen und im Arbeitskreis. Stadträtin Hofmann merkt an, dass die Prioritätenliste auf den Prüfstand muss. Vernetzungen und Einsparmöglichkeiten müssen überdacht werden. Alle Ausschussmitglieder sind sich einig, dass eine Auflistung der Anträge auf Zuwendungen nach Eingang dem Ausschuss vorlegt wird. Somit ist eine zeitnahe Anhörung der Träger möglich. Strukturen müssen geprüft und Überlegungen zu möglichen Schließungen und daraus resultierende Konsequenzen diskutiert werden.

9. Verschiedenes

Keine Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

Nichtöffentliche Sitzung

10. Verschiedenes

Keine Anfragen

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Ansorge
Vorsitzender

Kathleen Uniewski
Schriftführerin

